

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung der Landesregierung
vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Die Berichterstatterin:

Alena Fink-Trauschel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte öffentlich die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, in seiner 47. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 28. Januar 2026.

Der Vorsitzende Willi Stächele wies darauf hin, vorberatend hätten sich der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst, der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Finanzen, der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport sowie der Ausschuss für Verkehr mit dieser Mitteilung befasst und empfohlen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Die Empfehlungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration sowie des Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen würden in der Sitzung des Europaausschusses nachgereicht. Die Behandlung im Ständigen Ausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erfolge am 29. Januar 2026.

Ohne weitere Aussprache empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/10104 Kenntnis zu nehmen.

29.1.2026

Fink-Trauschel

Empfehlung und Bericht**des Ständigen Ausschusses
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

29.1.2026

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Nico Weinmann

Guido Wolf

Bericht

Der Ständige Ausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025, Drucksache 17/10104, in seiner 47. Sitzung am 29. Januar 2026, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, vorberatend für den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der CDU legte dar, es liege ein ambitioniertes Arbeitsprogramm der Kommission vor. Den Anmerkungen der Landesregierung dazu könne, wie es bereits im Ausschuss für Europa und Internationales angesprochen worden sei, gefolgt werden. Der Ständige Ausschuss sei u. a. bei den Themen „Wahrung der Demokratie“, Sicherheit und Verwaltungsvereinfachung im Grunde direkt angesprochen, und die Planungen könnten so akzeptiert werden. Er sei gespannt, wie das ehrgeizige Arbeitsprogramm letztlich umgesetzt werde.

Eine Abgeordnete der Grünen äußerte, die Kommission habe sich wichtige Themen vorgenommen, u. a. auch aus dem Medienbereich. Die Abgeordneten ihrer Fraktion begrüßten, dass die Kommission mehr Geld für Medien bereitstellen und die Resilienz europäischer Medien stärken wolle. Dies sei wichtig, weil natürlich Angriffe auf Medien und ihre Rolle als vierte Gewalt zunähmen.

Gleichzeitig gebe es eine wirtschaftliche Schieflage, die viel mit der monopolartigen Stellung der Social-Media-Anbieter zu tun habe. Die Überarbeitung der AVMD-Richtlinie sollte als Chance genutzt werden, für ein besseres „Level Playing Field“ zu sorgen. In diesem Zusammenhang bitte sie die Ausschussmitglieder von CDU und SPD, mit den Kolleginnen und Kollegen im Bund zu sprechen und darauf hinzuwirken, endlich das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben hinsichtlich einer Digitalsteuer auf den Weg zu bringen. Denn das würde die erforderlichen Finanzmittel sichern, um die Medien außerhalb von Social Media sowie die Medienbildung voranzubringen.

Zwischenzeitlich sei erkennbar, welche teilweise verheerenden Auswirkungen Social Media mittlerweile hätten. Ein Viertel der Jugendlichen im Land zwi-

schen 14 und 25 Jahren seien anscheinend abhängig, und es gebe viele psychische Probleme. Die Europäische Union beschäftige sich mit Altersgrenzen für die Social-Media-Nutzung, und es sei ganz wichtig, sich nach dem Vorbild z. B. von Australien und Frankreich auch in Deutschland damit auseinanderzusetzen, die Social-Media-Nutzung erst ab einem bestimmten Alter zuzulassen. Sie und ihre Fraktion begrüßten es sehr, dass die Europäische Union sich damit beschäftige, weil die derzeitigen Zustände nicht tragbar seien.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen.

4.2.2026

Weinmann

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache
17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

21.1.2026

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Dr. Marilena Geugjes

Ulli Hockenberger

B e r i c h t

Der Ausschuss des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen behandelte die
Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, in seiner 46. Sitzung, die
in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 21. Januar 2026.

Der Ausschuss beschloss als Empfehlung an das Plenum ohne Aussprache und
ohne förmliche Abstimmung, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Dr. Geugjes

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Finanzen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

22.1.2026

Der Berichterstatter:

Nicolas Fink

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

B e r i c h t

Der Ausschuss für Finanzen behandelte die Mitteilung Drucksache 17/10104 in seiner 59. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 22. Januar 2026.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, der Wissenschaftsausschuss habe sich am Vortag ausführlich mit der vorliegenden Mitteilung befasst.

Ohne weitere Aussprache verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/10104 zu empfehlen.

28.1.2026

Fink

Empfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport an den Ausschuss für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

22.1.2026

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Dr. Stefan Fulst-Blei

Petra Häffner

B e r i c h t

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales in seiner 44. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 22. Januar 2026.

Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport teilte mit, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026 sehe die Stärkung europäischer Schulnetzwerke über Erasmus+ und ein Förderprogramm für schulpflichtige Kinder mit dem Ziel vor, ein angemessenes Niveau an Grundkompetenzen bis zum Ende der Schulpflicht zu erreichen. Des Weiteren solle bis 2030 ein Fahrplan für die Zukunft der digitalen Bildung und Kompetenzen entwickelt werden. Das seien die Bereiche aus dem Arbeitsprogramm, die die Bildungspolitik betreffen.

Diese Vorhaben seien grundsätzlich zu begrüßen. Es bleibe abzuwarten, was sich hinter den Ankündigungen der EU-Kommission verberge. Unabhängig davon sei es auch für das Kultusministerium in Baden-Württemberg ein Anliegen, die Basiskompetenzen in den Blick zu nehmen. Diesbezüglich werde schon einiges unternommen.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, die Mitteilung Drucksache 17/10104 zur Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Dr. Stefan Fulst-Blei

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

21.1.2026

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Michael Joukov

Nese Erikli

B e r i c h t

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet die Mitteilung Drucksache 17/10104 in seiner 41. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 21. Januar 2026.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst trug vor, angesichts der derzeit schwierigen geo- und wirtschaftspolitischen Lage sei zu klären, wie die Europäische Union gemeinschaftlich agieren solle. In den letzten Jahren hätten sich Probleme bezüglich Souveränität und Leistungsfähigkeit vor allem in denjenigen Bereichen gezeigt, in denen nicht ausreichend in Forschung, Entwicklung und Innovation investiert worden sei.

Die neuen Vorhaben der EU setzten dort an. Zentrale Vorhaben seien Rechtsakte zur Innovation und zum Europäischen Forschungsraum, die laut dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026 noch in diesem Jahr vorgelegt werden sollten, ferner ein Rechtsakt über Quantentechnologie und der Europäische Biotech-Rechtsakt II. Dadurch solle die Mobilität von Forscherinnen und Forschern in der EU gestärkt und damit der Austausch von Wissen und Innovation innerhalb Europas beschleunigt werden.

Aufgrund der hohen Bedeutsamkeit der angesprochenen Themen erkläre sich die Landesregierung mit diesem Arbeitsprogramm einverstanden. In Schlüsselfeldern wie Quantenforschung, Lebenswissenschaften und künstliche Intelligenz, welche die EU besonders fördern wolle, verfüge Baden-Württemberg über sehr leistungsfähige Einrichtungen und profitiere immer wieder überproportional von europäischen Fördergeldern. Seit 2021 hätten die Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ca. 876 Millionen € allein aus dem Förderprogramm Horizon Europe eingeworben.

In der EU bestehe Einigkeit darüber, dass nicht nur die Grundlagenforschung wichtig sei, sondern auch die angewandte Forschung und der Transfer in die Wirtschaft, um die großen Transformationsaufgaben zu leisten. Von zunehmender Bedeutung seien, auch für Baden-Württemberg, die Technologien der Sicherheit und Verteidigung.

gung. Den Aufbau des entsprechenden Innovationscampus, dessen Geschäftsstelle an der Universität Stuttgart jetzt besetzt sei, finanziere das Land auch aus europäischen Mitteln.

Gleichzeitig müsse Baden-Württemberg darauf achten, mit einer Stärkung des europäischen Forschungs- und Bildungsraums nicht alle Entscheidungskompetenzen nach Europa abzugeben. Vor allem über Personal- und Karrierestrukturen solle das Land weiterhin selbst entscheiden. Die Interessen und die Wirkmacht des Landes, des Bundes und Europas müssten ausbalanciert werden.

Ferner machte sie darauf aufmerksam, auch auf Bundesebene werde Wert auf Kooperation in den Schlüsseltechnologien gelegt, wie sich am Beispiel der Hightech Agenda Deutschland zeige. Es sei gelungen, Baden-Württemberg und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) der Fusionsforschungsallianz von sechs weiteren Bundesländern anzuschließen und damit die Präsenz des KIT als Zentrum der Fusionsforschung auf Bundesebene zu sichern.

Trotz der allgegenwärtigen deutschland- und europaweiten Zusammenarbeit in den Schlüsseltechnologien gebe es jedoch auf Ebene der einzelnen Projekte viel Konkurrenz um Förderung. Es gelte deshalb, genau zu beobachten, wie die EU ihre nächsten Programme aufsetzen werde und ob baden-württembergische Forschungseinrichtungen davon profitieren könnten.

Ein Abgeordneter der Grünen bemerkte, vor dem Hintergrund der bedenklichen geopolitischen Lage sei europäische Kooperation dringend vonnöten. Es bleibe zu hoffen, das aktuelle Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission möge die Hürden überwinden und umgesetzt werden.

Ein Abgeordneter der CDU legte dar, er unterstreiche die Worte der Ministerin. Jede Gelegenheit zu einem sinnvollen europäischen Schulterschluss müsse genutzt werden. Die Themen, bei denen sich Europa gespalten zeige, seien vielfältig genug. Dem müssten Einigkeit und Verbindendes entgegengestellt werden. Gerade im Wissenschafts- und Hochschulbereich bestünden hierzu hinreichend Chancen. Europäische Kooperationen lägen auch im ureigenen Interesse der baden-württembergischen Hochschulen. Ziel sei eine gesunde Balance zwischen der Eigenständigkeit der Staaten und Regionen sowie der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Außerdem begrüße seine Fraktion ebenso wie die Ministerin die von der Europäischen Kommission angekündigten Maßnahmen zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften, auf welche die Landesregierung unter Abschnitt II Ziffer 8 der Drucksache 17/10104 Bezug nehme. In ihrer Bewertung dieser Maßnahmen lasse die Landesregierung verlauten, ein besonderes Augenmerk darauf legen zu wollen, welche Initiativen die Kommission aufgrund mangelnder Fortschritte im Gesetzgebungsverfahren oder wegen abweichender politischer Prioritäten zurückziehen werde. Ihn interessiere, wie sich die Prioritäten bezüglich dieser Initiativen künftig entwickelten.

Eine Abgeordnete der SPD brachte vor, das übergeordnete Ziel dieses Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission sei die Stärkung der europäischen Souveränität, sowohl in Wirtschaftsfragen als auch im Hinblick auf Sicherheit und Digitales. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf vereinfachter Regulierung und der möglichst bürokratiearmen Umsetzung von EU-Regelungen. An dieser Stelle wolle sie anmerken, die Entscheidung der Landesregierung, den baden-württembergischen Sicherheitsbehörden die Datenanalysesoftware eines US-amerikanischen Unternehmens zur Verfügung zu stellen, bedeute keinen Schritt in Richtung digitaler Souveränität.

Doch in der Bewertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission teile ihre Fraktion die Einschätzung der Landesregierung. Auch sie befürworte den einheitlichen europäischen Binnenmarkt für Forschung und Innovation mit dem Ziel eines freien Verkehrs für Forschungsergebnisse, Wissen und Technologien zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, der Innovationen vorantreiben werde. Eine rein nationalstaatliche Sicht auf Forschung und Entwicklung könne sich Europa trotz der Spannungen zwischen regionalen und europäischen Interessen nicht mehr leisten.

Abschließend frage sie, wie die Landesregierung Wissenschaft und Forschung aus Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der anstehenden Überarbeitung des EU-Chip-Gesetzes platzieren wolle.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP schloss sich den Ausführungen seiner Vorredner zur geopolitischen Lage an. Da Europa seine Technologiesouveränität ausbauen müsse, befürworte seine Fraktion die Pläne der Europäischen Kommission.

Erkennbar sei, dass Baden-Württemberg in den Schlüsselindustrien, die aufgrund des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission gefördert würden, gut aufgestellt sei. Daher wolle er wissen, ob die Landesregierung konkrete Maßnahmen in die Wege leiten werde, um den Rang der baden-württembergischen Forschung innerhalb Europas zu erhalten.

Ein Abgeordneter der AfD teilte mit, seine Fraktion sehe das aktuelle Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission kritisch. Das angekündigte Social Leasing, die Subventionierung von E-Auto-Leasing für Bedürftige, sei seiner Ansicht nach sozialistisch. Auch die weiteren Initiativen für erschweringliche E-Autos, zum Ausbau der Ladeinfrastruktur, für Batteriehersteller und für nachhaltige, alternative Kraftstoffe könne er nicht unterstützen. Ohne staatliche Förderung bräche der Markt für elektrische Mobilität zusammen.

Vom angekündigten Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung erwarte er keine Verbesserungen, da die entsprechende Branche fest in amerikanischer Hand sei.

Hinsichtlich der europäischen Klima- und Energieziele sehe er Bedarf nach gänzlich neuen Regularien.

Außerdem erwarte er keine deutlichen Auswirkungen des Aktionsplans zum Europäischen Weltraumschild, auch da das Satellitennavigationssystem Galileo noch immer nicht vollendet sei. Für eine Auskunft zur Anzahl der bereits im Weltall befindlichen Galileo-Satelliten wäre er dankbar.

Ferner erhoffe er sich auch von den angekündigten Vereinfachungsmaßnahmen für EU-Regularien wenig, da die EU selbst abgebaut werden müsste, wenn Fortschritte im Bürokratieabbau erzielt werden sollten.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst sicherte zu, die Frage zu den Maßnahmen zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften werde ihr Haus mitnehmen.

Weiter führte sie aus, die Frage zum Chip-Gesetz sei eher an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu adressieren, da das Gesetz eher den wirtschaftlichen als den wissenschaftlichen Bereich betreffe. Sie könne aber darauf hinweisen, dass sich das Wissenschaftsministerium diesem Thema ungeachtet der angekündigten Überarbeitung dieses EU-Gesetzes widme. So werde das Chipdesign z. B. am neuen Landesgraduiertenzentrum für angewandte künstliche Intelligenz in Heilbronn eine große Rolle spielen.

Aufgrund des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission werde die Landesregierung den Bereich Sicherheit und Verteidigung in den Blick nehmen und prüfen, welche Optionen für Baden-Württemberg im europäischen Kontext sinnvoll seien.

Insgesamt sehe sie für Baden-Württemberg aber keinen Schwachpunkt im europäischen Vergleich und keine Themen, bei denen dringender Handlungsbedarf bestehe. Sie verweise hier auf das Förderprogramm „BEGIN – Beteiligung in europäischen Großvorhaben und Initiativen“. Ihr Haus und die baden-württembergische Landesvertretung in Brüssel sowie einzelne Hochschulen befänden sich in einem guten Austausch mit der EU, der geeignet sei, große Optionen für das Land zu erreichen. Bei der Nutzung von EU-Förderprogrammen wie den ERC-Förderlinien, Horizon Europe oder Erasmus befinde sich Baden-Württemberg unter den erfolgreichsten Ländern.

Darüber hinaus erachte sie es als wichtig, die bundesdeutschen Themen, die Eingang in die Hightech Agenda gefunden hätten, mit denen der EU abzustimmen, um keine gegenläufigen Tendenzen zu riskieren.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum die Kenntnisnahme von der Mitteilung Drucksache 17/10104 zu empfehlen.

4.2.2026

Joukov

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

29.1.2026

Der Berichterstatter:

Frank Bonath

Der Vorsitzende:

Daniel Karrais

Bericht

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 17/10104 in seiner 42. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Video-Konferenz stattgefunden hat, am 29. Januar 2026.

Die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft berichtete, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2026 enthalte insgesamt 68 neue Initiativen, die verschiedene Themengebiete umfassten, beispielsweise die Themengebiete Klima, Energie, Kreislaufwirtschaft und Marktüberwachung. Für den Bereich „Umwelt- und Naturschutz“ seien für das Jahr 2026 dagegen keine neuen Initiativen angekündigt worden.

Das Thema Marktüberwachung habe im vergangenen Jahr auch in Baden-Württemberg ein Schwerpunktthema dargestellt. Insbesondere der Internetversandhandel aus Drittstaaten überflute die Märkte mit nicht überwachten Billigprodukten, die teilweise eine Gefahr für die Gesundheit darstellten. Es gebe verschiedene Vorschläge, wie eine Regulierung erfolgen könne. Dazu gehörten die Konformität von Produkten, die Aktualisierung der Vorschriften, die Modernisierung der Durchsetzungsinstrumente sowie eine verstärkte Kontrollen von Produkten aus Drittstaaten.

Aus Sicht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft müssten die Plattformen selbst stärker in die Haftung genommen werden. Für den Zoll und die weiteren zur Verfügung stehenden Überwachungsinstrumente sei es nicht möglich, die Millionen Pakete, die in das Land kämen, zu kontrollieren. Hinzu komme, dass es nicht möglich sei, Strafen zu verhängen, sodass die Kosten für die Vernichtung der Billigprodukte von den europäischen Behörden bzw. den Staaten übernommen werden müssten.

Es handle sich bei diesem Thema nach ihrem Dafürhalten um ein sehr wichtiges Thema, das auch Folgen für die heimische Wirtschaft habe, insbesondere für die Textilbranche, aber auch für den Maschinenbau und andere Hersteller. Unter-

nehmen im Land würden sich an die in Europa vorgegebenen Regeln halten und müssten ihre Produkte dementsprechend teurer anbieten, während sich bestimmte Unternehmen aus dem asiatischen Raum nicht an die Regeln halten würden und ihre Produkte somit preiswerter anbieten könnten. Diese Produkte würden jedoch weder stofflich noch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen oder die Umwelt unter guten Bedingungen hergestellt.

Das Thema Kreislaufwirtschaft sei ein weiteres Thema, das in das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission aufgenommen worden sei. Für das dritte Quartal sei ein Kreislaufwirtschaftsrechtsakt angekündigt worden, über den u. a. der freie Verkehr von Sekundärrohstoffen erleichtert werden solle. Die Kreislaufwirtschaft stelle eines der zentralen Themen dieser Zeit dar. Die Ressourcen müssten in Europa gehalten werden. Dies bedeute, Stoffe nicht als Abfall zu betrachten, sondern sie entsprechend zu sortieren und weiter zu nutzen. Es gebe eine Vielzahl von Möglichkeiten, Abfälle und weitere Stoffe wieder der Kreislaufwirtschaft zuzuführen. Sie wünsche sich diesbezüglich Klarheit, auch in Bezug auf die Beschaffung von Produkten, den prozentualen Anteil europäischer Produkte sowie die Nutzung von Ressourcen.

Bei den im Arbeitsprogramm für das Jahr 2026 vorgelegten Initiativen im Klima- und Energiebereich gehe es vor allem um die Zeit nach 2030 sowie die Fragen, ob die gesteckten Ziele erhalten blieben und mit welchen Maßnahmen und welchem Rechtsrahmen diese Ziele erreicht werden sollten. Zu den geplanten Maßnahmen gehörten ein Aktionsplan für Elektrifizierung, ein schnellerer Netzausbau, die Stärkung der Energieversorgungssicherheit und Regelungen für die CO₂-Infrastruktur.

Sie erachte die in dem Arbeitsprogramm für das Jahr 2026 genannten Initiativen, die den Bereich „Umwelt, Klima und Energiewirtschaft“ betreffen, als wichtige Initiativen, damit die derzeit vorhandene Dynamik in diesem Bereich erhalten bleibe. Die Debatte werde derzeit allerdings sehr politisch geführt, daher müsse die Entwicklung in den nächsten Monaten abgewartet werden.

Das Land Baden-Württemberg habe ein Interesse an einem verlässlichen und stabilen Rechtsrahmen für sämtliche Marktakteure auch nach 2030, damit die Unternehmen auch bereit seien, zu investieren. Aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen und Marktbedingungen sei das Thema „Klima und Energie“ in der EU allerdings auch umstritten.

Ferner hätten sich die EU-Staaten darauf geeinigt, den CO₂-Ausstoß in der EU bis 2040 um 90 % gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Die CO₂-Minderungsziele müssten daher für die Sektoren in den einzelnen Mitgliedsstaaten festgelegt bzw. eventuell überarbeitet werden.

Es müsse abgewartet werden, ob die Marktarchitektur, die geschaffen worden sei, erhalten bleiben könne oder sich entsprechend ändern müsse.

Sie erachte es als wichtig, dass die EU ihre Ziele umsetze und die dafür notwendigen Maßnahmen durchführe sowie den damit verbundenen Rechtsrahmen schaffe bzw. an die Erfordernisse anpasse. Baden-Württemberg werde sich mit eigenen Themen auf EU-Ebene einbringen und die eigenen Interessen vertreten bzw. auch auf die regionalen Besonderheiten hinweisen. Beispielsweise werde das Thema Wasserstoff gemeinsam mit anderen an diesem Thema interessierten Regionen in Europa auf Ebene der EU thematisiert und darauf gedrängt, dass die Umsetzung dieses Themas nicht auf die Zukunft verschoben werde.

Eine Abgeordnete der SPD äußerte, die SPD-Fraktion könne den Äußerungen der Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft beipflichten. Letztendlich komme es auf die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen an.

Nach ihrem Dafürhalten stelle der Bereich Kreislaufwirtschaft für Baden-Württemberg auch in Zukunft ein wichtiges Thema dar. Sie rege an, darüber nachzudenken, ob die Einführung von Recyclingquoten sinnvoll sei.

Ein weiteres Thema werde im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2026 nur in einem Satz erwähnt, und zwar kündige die Kommission an, die Umsetzung der Wasserresilienzstrategie voranzutreiben. Dieses Thema stelle in den nächsten Jahren gerade auch für Baden-Württemberg eine Herausforderung dar und sollte daher Beachtung im Land finden. Es müsse darauf geachtet werden, wie die EU bei diesem Thema vorgehe und wie das Land seinen eigenen Beitrag leisten könne. Dies spiele auch deshalb eine Rolle, da Baden-Württemberg an andere europäische Staaten grenze.

Ein Abgeordneter der AfD brachte vor, aus Drittstaaten wie China gelieferte Produkte verstießen teilweise massiv gegen das geistige Eigentum, da oftmals Ersatzteile oder Kopien geliefert würden, die Eigentumsrechte von Originalfirmen verletzen. Ihn irritiere, dass es immer noch nicht gelungen sei, die günstigen Tarife, die über Postabkommen für Entwicklungsländer vereinbart worden seien, in diesem Fall auszusetzen bzw. als Missbrauch zu identifizieren und die Versandkosten an die Versandkosten, die für andere Staaten wie beispielsweise die USA gelten würden, anzugleichen.

Das Thema Kreislaufwirtschaft erachte er ebenfalls als ein sehr wichtiges Thema. Er plädiere dafür, die begleitende Forschung stärker zu bezuschussen und im Gegensatz Zuschüsse für unrealistische „Märchenprojekte“ wie die Wasserstoffwirtschaft zu kürzen. Die Rückgewinnung knapper Rohstoffe und seltener Erden beispielsweise aus Altgeräten stelle im rohstoffarmen Europa ein zentrales Thema dar.

Er nehme mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Klimaschutz als Einzelthema immer noch einen großen Stellenwert einnehme, anstatt dass vielmehr die Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verfolgt werde. Nach seinem Dafürhalten sei dort manches Ziel realistischer zu erreichen als der Klimaschutz, der derzeit global in sich zusammenfalle. Er würde es daher begrüßen, wenn der Fokus in den nächsten Jahren auf der Nachhaltigkeit insgesamt und auf den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen liegen würde.

Ein Abgeordneter der Grünen bemerkte, neben dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission sollte der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sein Augenmerk auch auf die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen legen und dieses Thema eng begleiten.

In der Region, aus der er komme, gebe es in Bezug auf die EU-Abfallverbringungsverordnung anhaltende Diskussionen zum Thema „Verbringung von Abfällen in die Schweiz“. Er frage die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, ob sie etwas zum aktuellen Sachstand sagen könne und ob sie wisse, ob sich noch Neuerungen ergeben hätten. Nach seiner Kenntnis habe es vonseiten des Landes bereits die Bitte an die EU-Kommission und das verantwortliche Bundesministerium gegeben, die Situation noch einmal zu überdenken.

Die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft merkte an, das Thema Wasserresilienzstrategie sei im Zusammenhang mit den bisherigen Regulierungen wie beispielsweise der Wasserrahmenrichtlinie sowie weiterer Aspekte ein sehr wichtiges Thema, das sie bei ihren Ausführungen vergessen habe, zu erwähnen. Mit der EU-Kommissarin für Umwelt, Wasserresilienz und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft gebe es auf EU-Ebene erstmals eine EU-Kommissarin, die sich speziell um dieses Thema kümmern solle. Das Land Baden-Württemberg müsse bei diesem Thema strukturiert in den Dialog mit der EU-Kommission gehen, um zu klären, wie hier Fortschritte gemacht werden könnten.

In Bezug auf die Marktüberwachung gebe es verschiedene Aspekte, die bei diesem Thema adressiert werden könnten, zu denen auch der Aspekt gehöre, den der Vorredner von der AfD angesprochen habe. Das größte Problem sei derzeit jedoch, dass es zwar eine Rechtslage gebe, diese aber nicht durchgesetzt werden könne. Wenn beispielsweise in einem Laden ein Verstoß bei einem Produkt festgestellt werde, könne dieses Produkt aus dem Regal genommen werden. Dies sei beim Internetversandhandel derzeit noch nicht möglich. Dieser Punkt müsse sich ändern. Es müsse überlegt werden, wie Handelsabkommen daraufhin überprüft und dann auch nachgebessert werden könnten, wenn Herkunftsstaaten beispielsweise nicht darauf hinwirkten, dass das Recht auch bei ihnen durchgesetzt werde.

Die Antwort auf die Frage zum Thema „Verbringung von Abfällen in die Schweiz“ liefere sie gern nach.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP äußerte, er habe gehört, dass Österreich derzeit an einer Versandsteuer aus dem EU-Ausland arbeite, sodass bei Bestellungen aus dem EU-Ausland ein gewisser Betrag zusätzlich bezahlt werden müsse. Er erkundige sich, ob ein solcher Vorschlag schon einmal in der Umweltministerkonferenz diskutiert worden sei. Es handle sich bei der Einfuhr solcher Produkte auch deshalb um ein massives Problem, weil vieles davon Einmalware sei oder eine schlechte Qualität aufweise, sodass sehr viel Abfall anfalle.

Die Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft antwortete, dieses Thema sei auf der Umweltministerkonferenz diskutiert worden, auch in Brüssel habe es bereits eine Veranstaltung mit verschiedenen Stakeholdern dazu gegeben. Es habe sich dabei gezeigt, dass dringend EU-weit klare und einheitliche Regelungen zum Internetversandhandel aus Drittstaaten benötigt würden, die nicht umgangen werden könnten. Die Arbeit der unterschiedlichen Institutionen wie die Marktüberwachung und der Zoll weise in den einzelnen Staaten eine unterschiedliche Qualität auf. Bestimmte Produkte würden daher gern über bestimmte Staaten eingeführt und befänden sich dann in der EU. Das Problem sei, dass die EU einen freien Markt habe und nicht gewünscht sei, ihn einzuschränken.

Aus Sicht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft könnten auch Instrumente wie eine Versandsteuer geprüft werden. Es bringe jedoch nichts, wenn jeder Staat seine eigenen Regeln aufstelle, sodass es in der EU dann einen Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen gebe.

Der Internetversandhandel aus Drittstaaten stelle eine starke Konkurrenz dar, daher müssten Instrumente geschaffen werden, um die Situation zu regeln. Gerade die Unternehmen und Unternehmensverbände stellten diesbezüglich Verbündete dar. Es sollte daher auf EU-Ebene darauf hingewirkt werden, dass die Unternehmensinteressen berücksichtigt würden. Gerade die Textilbranche stehe deutschlandweit unter Druck, da sie nicht gegen die billige Konkurrenz aus dem Ausland ankomme.

Ein weiteres Problem stelle dar, dass vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern das Bewusstsein für diese Problematik fehle. Sie seien der Überzeugung, wenn sie etwas auf einer Onlineplattform bestellten, seien die Produkte automatisch geprüft. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssten somit erst einmal aufgeklärt werden, dass dies nicht der Fall sei. Viele Produkte, auch Produkte für Kinder, seien gefährlich oder enthielten gesundheitsschädigende Stoffe.

Ohne förmliche Abstimmung kam der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 17/10104 Kenntnis zu nehmen.

25.2.2026

Bonath

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

21.1.2026

Die Berichterstatterin:

Carola Wollé

Der Vorsitzende:

Dr. Erik Schweickert

B e r i c h t

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus behandelte die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, in seiner 44. Sitzung am 21. Januar 2026 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus führte aus, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2026 setze aus Sicht der Landesregierung richtige Akzente für die Wirtschaft Baden-Württembergs, beispielsweise durch die Vorhaben zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Vereinfachung von Vorschriften. Erste Maßnahmen seien durch Omnibusverfahren bereits in die Wege geleitet worden.

Insgesamt enthalte das Arbeitsprogramm 68 neue Initiativen und gliedere sich in sieben Themenkomplexe. Die Initiativen beträfen u. a. die Halbleiterindustrie, die Quantentechnologie, Cloud und KI, Biotech und kritische Rohstoffe. Darüber hinaus kündige die Kommission einen Europäischen Rechtsakt zur Innovation an. Mit diesem sollen die an den Universitäten gewonnenen Forschungsergebnisse schneller in die Praxis und die Wertschöpfung gebracht werden.

Darüber hinaus wolle die Kommission das volle Potenzial des Europäischen Binnenmarkts ausschöpfen, indem Hindernisse in Bereichen wie Kapital, Energie, Dienstleistungen und Telekommunikation beseitigt würden. Ihrer Ansicht nach unterstütze dies, wie auch das Ansinnen, die Mobilität von Arbeitskräften zu verbessern, die Wirtschaft und ganz speziell den Mittelstand in Baden-Württemberg. Diese Themen habe das Wirtschaftsministerium zudem bereits auf verschiedenen Veranstaltungen aufgegriffen.

Überdies plane die Kommission Initiativen und Maßnahmen zur Finanzierung von Start-ups und jungen Unternehmen sowie eine Revision der Vergaberegeln der Europäischen Union.

Eine Abgeordnete der Grünen erklärte, das Arbeitsprogramm mit dem Titel „Ein unabhängiges Europa“ signalisiere, die Europäische Union wolle wirtschaftlich,

sicherheitspolitisch und technologisch handlungsfähig bleiben. Deshalb begrüße ihre Fraktion auch die in diesem verankerten Initiativen. Beispielfähig nenne sie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationsförderung, die Sicherung der wissenschaftlichen Freiheit, die Erleichterung der Mobilität von Forschenden, die Schwerpunktsetzung auf die europäische Verteidigungsfähigkeit sowie die Entlastung von bürokratischen Hürden. Mit ebendiesen Schwerpunkten habe sich Baden-Württemberg auch im Rahmen des Vorsitzes der Europaministerkonferenz auseinandergesetzt.

Allerdings dürften die Vorhaben nicht dazu führen, den Green Deal nicht weiterzuverfolgen oder soziale Standards abzubauen. Deshalb befürworte sie, dass im Arbeitsprogramm immer wieder auf die soziale Marktwirtschaft als Eckpfeiler rekurriert werde, denn das Zusammenspiel von sozialen Aspekten einerseits und einer wachsenden Wirtschaft andererseits sei wichtig. Zudem wirkten sich Entwicklungen im Green-Tech-Bereich nicht bremsend aus, sondern trieben Innovation weiter voran.

Ein Abgeordneter der CDU brachte vor, sich vor dem Hintergrund des aktuellen Weltgeschehens mit dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission zu befassen, sei außerordentlich wichtig. In diesem Zusammenhang bedaure er den vorerst gescheiterten Abschluss des Mercosur-Abkommens, zumal dieses die europäische Souveränität stärken würde. Mit Blick auf die Souveränität dürfe nicht nur der Europäische Binnenmarkt eine Rolle spielen, sondern sei auch der Wirtschaftsraum außerhalb Europas wichtig.

Er begrüße sowohl die Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission auf die Wettbewerbs- und Verteidigungsfähigkeit Europas als auch das Vorhaben, das Europäische Chip-Gesetz zu überarbeiten.

Die bereits angestoßenen Omnibusverfahren gingen seines Erachtens in die richtige Richtung, um die in der letzten Zeit getroffenen kleinteiligen Regelungen abzusichern. Dabei dürften jedoch Aspekte wie bezahlbarer Wohnraum, Generationengerechtigkeit, Lebensqualität und Resilienz, aber auch der Green Deal nicht außer Acht bleiben.

Abschließend drückte er seine Hoffnung für den Abschluss des Mercosur-Abkommens aus.

Eine Abgeordnete der AfD merkte an, sie sehe das Mercosur-Abkommen kritisch, da ihrer Ansicht nach die europäischen Landwirte dabei zu wenig einbezogen worden seien. Diese befürchteten nämlich eine starke Konkurrenz von den Landwirten aus den Mercosur-Staaten, da diese nicht dieselben Rahmenbedingungen erfüllen müssten wie sie selbst. Nur wenn dies gewährleistet sei, erachte sie den Abschluss des Abkommens für sinnvoll. Vor diesem Hintergrund befürworte sie, dass sich der Europäische Gerichtshof mit dem Abkommen befasse.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, Kenntnis zu nehmen.

23.1.2026

Wolle

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Jochen Haußmann

Florian Wahl

B e r i c h t

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration beriet die Mitteilung Drucksache 17/10104 in seiner 51. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 28. Januar 2026.

Der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration trug vor, am 21. Oktober 2025 sei das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026 veröffentlicht worden. Die übergeordneten Ziele seien die Stärkung der europäischen Souveränität sowohl in Wirtschaftsfragen als auch mit Blick auf Sicherheit und Digitales. Ein großes Augenmerk werde auf die Vereinfachung von Regulierungen gelegt.

Viele Initiativen deckten sich mit den Positionen der Landesregierung, etwa die Stärkung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit, die Gestaltung eines günstigeren Umfelds für Forschung und Innovation und regulatorische Vereinfachungen.

Die Landesregierung unterstütze Initiativen zur Generationengerechtigkeit. Die Fortführung der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026 bis 2030 sei ein wichtiger Schritt zur weiteren Förderung von Gleichstellung und Chancengleichheit auf europäischer Ebene.

Baden-Württemberg wolle eine dezentrale und eigenständige Verwaltung der Mittel durch die Länder im Rahmen der Kohäsionspolitik. Kohäsionspolitik sei Regionalpolitik.

Die geplante Verlagerung von Zuständigkeiten auf EU- bzw. Bundesebene sei ein Angriff auf das Subsidiaritätsprinzip und schwäche die Wirksamkeit der Initiativen. Die Sichtbarkeit von EU-Politik werde für die Menschen deutlich geringer. Er verweise auf das regionale Instrument des Europäischen Sozialfonds. Die Landesregierung setze sich sektoren- und ressortübergreifend dafür ein, Zentralisierungsbestrebungen zurückzudrängen.

Ein wichtiges Feld sei die Förderung der Biotechnologie. Der Critical Medicines Act werde fachlich mit eigenen Anhörungen in Brüssel intensiv begleitet. Es gehe um die Stärkung der Produktion von Arzneimitteln in Europa sowie den Auf- und Ausbau europäischer Produktionskapazitäten für kritische Arzneimittel und Wirkstoffe. Hier finde sich einiges wieder, bei dem das Land selbst vorangehe. Insofern sehe er da große Einigkeit mit der EU-Strategie.

Eine Abgeordnete der Grünen stellte heraus, es sei positiv, dass das Arbeitsprogramm eine EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut vorsehe, mit dem die strukturellen Ursachen von Ausgrenzung angegangen werden sollten, wobei der Fokus auf Kinder und Jugendliche gelegt werde.

In dem Bereich spielten die sozialen Medien eine große Rolle, gerade wenn es um die psychische Gesundheit, das Wohlbefinden von Kindern und jungen Menschen gehe. Kinder und Jugendliche würden in den sozialen Medien oft mit Dingen konfrontiert, die nicht altersgerecht seien. Es sei gut, dass darauf ein Augenmerk gerichtet werde. Zu begrüßen sei auch, dass Jugendbeteiligung mehr Raum bekomme und junge Menschen angehört würden.

Im Bereich der Migrations- und Asylpolitik liege der Schwerpunkt auf der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). In Baden-Württemberg gebe es das Projekt „BW schützt!“ und die psychosozialen Zentren, die sich um traumatisierte Geflüchtete kümmerten und diese begleiteten. In der neuen Legislaturperiode müsse der Fokus darauf gerichtet werden, welchen Schutz traumatisierte Menschen, die in Europa ankämen, fänden.

Ein Abgeordneter der CDU bemerkte, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission greife auch die Auswirkungen der Coronakrise auf, indem es etwa auf die Verringerung von Abhängigkeiten abziele, vor allem in der Medizin, in der Arzneimittelversorgung. Es sei wichtig für die Gesundheits- und Sozialpolitiker, zu betonen: Europa sei die Zukunft, die Abhängigkeiten müssten aber verringert werden.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 17/10104 Kenntnis zu nehmen.

11.3.2026

Haußmann

**Empfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

22.1.2026

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Sabine Hartmann-Müller

Rüdiger Klos

B e r i c h t

Der Ausschuss für Verkehr behandelte die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, in seiner 40. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 22. Januar 2026 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales.

Ein Abgeordneter der Grünen begrüßte die Schwerpunktsetzung der Europäischen Kommission in ihrem Arbeitsprogramm für 2026 auf Elektromobilität, den Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie der Batterieproduktion und -entwicklung. Dies bewerte die Landesregierung als relevant und mit der Positionierung Baden-Württembergs in diesem Bereich übereinstimmend. Er persönlich messe vor allem der Batterieentwicklung künftig einen besonderen Wert für die Automobilbranche bei.

Ferner bedauerte er das Scheitern eines weiteren Anlaufs zur Modernisierung der Richtlinie für den Kombinierten Verkehr und bemerkte, auch in diesem Jahr liefen die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 der Europäischen Union weiter. Diesbezüglich regte er an, weiterhin ein Augenmerk auf die Umsetzung verkehrspolitisch relevanter Projekte zu werfen. Beispielhaft verwies er auf die in der Vergangenheit ausgestaltete Verordnung über die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) oder das entwickelte Förderprogramm „Connecting Europe Facility“ (CEF).

Eine Abgeordnete der CDU führte aus, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026 enthalte insgesamt sieben Themenkomplexe mit verschiedenen Initiativen, z. B. für den Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie nachhaltigen, alternativen Kraftstoffen. In diesem Zusammenhang fehle ihr jedoch die explizite Befassung mit den synthetischen.

Darüber hinaus gab sie an, die Europäische Kommission könne Großprojekte, die grenzüberschreitende Investitionen in strategisch wichtigen Branchen förderten, beispielsweise im Bereich der Batterieproduktion, als „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) deklarieren und finanziell unterstützen. Nun

habe sie aus der Praxis erfahren, dass die Antragstellung für eine IPCEI-Förderung zeitaufwendig und komplex sei. Deshalb plädiere sie dafür, sich künftig für eine vereinfachte Förderbeantragung einzusetzen.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss für Verkehr die Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/10104, Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Hartmann-Müller

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
– Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026****E m p f e h l u n g**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

21.1.2026

Der Berichterstatter:

Dennis Klecker

Der Vorsitzende:

Martin Hahn

B e r i c h t

Der Ausschuss für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet die Mitteilung Drucksache 17/10104 in seiner 39. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 21. Januar 2026.

Der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz berichtete, die Europäische Kommission habe am 21. Oktober 2025 ihr Arbeitsprogramm für das laufende Jahr mit dem Titel „Ein unabhängiges Europa“ veröffentlicht. Mit den dort angekündigten Vorhaben lege sie eine Reihe von Maßnahmen vor, die zum Aufbau eines souveräneren und unabhängigeren Europas beitragen sollten. Es gehe dabei um die aktuellen und künftigen Herausforderungen, die sich aus Bedrohungen der Sicherheit und Demokratie, aus Konflikten und geopolitischen Spannungen sowie aus Risiken für die Wirtschaft und Industrie sowie der Beschleunigung des Klimawandels ergäben.

Wie auch im Arbeitsprogramm 2025 liege der Schwerpunkt der Europäischen Kommission auf der Vereinfachung und dem Bürokratieabbau bei der Umsetzung von EU-Regelungen.

Das Arbeitsprogramm 2026 enthalte insgesamt 68 neue Initiativen und gliedere sich in sieben Themenkomplexe, die der Mitteilung der Landesregierung Drucksache 17/10104 entnommen werden könnten.

Die Vorschläge, die die Landwirtschaft und den ländlichen Raum betreffen, fänden sich vorrangig im Themenkomplex „Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur“ wieder.

Die Europäische Kommission plane Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sowie der Agrar- und Lebensmittelkette zu stärken, ländliche Gemeinden zu unterstützen und die Vorschriften für die Landwirtschaft weiter zu vereinfachen. Um dies zu erreichen, sei geplant, die Vorschriften zu unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelkette zu überarbeiten, um mehr Transparenz und Rechtssicherheit zu gewährleisten. Dies sei grundsätzlich zu begrüßen.

Der darin verankerte Grundsatz, dass Landwirtinnen und Landwirte nicht gezwungen werden dürften, ihre Erzeugnisse systematisch zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu verkaufen, werde jedoch kritisch gesehen. Ein Verfahren zur Festlegung eines derartigen Mindestpreises für verschiedene Produktgruppen und Regionen sei bürokratisch herausfordernd und werde voraussichtlich nicht den gewünschten Effekt bringen. In Ländern, die bereits eine derartige Regelung eingeführt hätten, wie Frankreich, Italien und Spanien, fehle die Evidenz für deren Wirksamkeit. Er wisse beispielsweise aus Frankreich, dass eine solche Regelung dort viel Bürokratie verursacht habe. Darüber hinaus könne ein Verbot dazu führen, dass Betriebe weniger Anreize hätten, ihre Produktionskosten zu optimieren. Drohende Verluste seien teilweise sinnvoll, um Überproduktion zu vermeiden.

Im Bereich des Tiersektors wolle die Europäische Kommission im zweiten Quartal eine Nutztierstrategie vorlegen, um die Wettbewerbsfähigkeit, die Widerstandsfähigkeit und die Nachhaltigkeit des Tiersektors sowie der Agrar- und Lebensmittelkette in der EU zu fördern. Es sei geplant, dass auch Tierschutzelemente hier enthalten sein sollten, es sei jedoch noch unklar, um welche Bereiche es sich hierbei handle.

Aus Sicht des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sei es wichtig, dass im Tierschutz EU-weit einheitliche Regelungen getroffen würden. Das Ziel müsse sein, den Tierschutz einheitlich und praxisgerecht weiterzuentwickeln, dabei aber auch den Außenschutz sicherzustellen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Wie bereits angekündigt, plane die Europäische Kommission des Weiteren, im vierten Quartal einen Legislativvorschlag zum Thema „Digitale Fairness“ vorzulegen, um die in der Evaluation des digitalen Verbraucherschutzes festgestellten Lücken zu schließen und die rechtliche Position der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber unlauteren Geschäftspraktiken im Netz sowie unlauteren Personalisierungspraktiken zu stärken. Dies sei aus Sicht der Landesregierung zwingend notwendig, um Rechtsunsicherheiten sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für Unternehmen zu reduzieren.

Ferner wolle die Europäische Kommission im dritten Quartal eine Vision 2040 für Fischerei und Aquakulturen vorlegen, die für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in diesen Sektoren sorgen solle. Auch solle die Umsetzung der Wasserresilienzstrategie vorangetrieben werden. Die Europäische Kommission plane dies mit einem digitalen Aktionsplan und einer Plattform für Wasserresilienz, um alle Akteure zu mobilisieren, die Wassereffizienz zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu stärken.

Die Europäische Kommission wolle des Weiteren dafür sorgen, dass die Vorsorge vor klimabedingten Ereignissen dauerhaft Bestandteil der EU-Politik werde, u. a. durch einen besseren Waldbrandschutz. Dies solle auch durch den Schutz von wichtigen Ökosystemen und die Investition in Naturkapital erfolgen.

Die Europäische Kommission fordere das Europäische Parlament und den Europäischen Rat auf, sich rasch auf den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen zu einigen und die wichtigsten legislativen Prioritäten voranzutreiben. Durch eine intensivere Zusammenarbeit auf allen Ebenen wolle die Europäische Kommission sicherstellen, dass die Union stark, souverän und zukunftsfähig bleibe.

Des Weiteren wolle die Europäische Kommission im Jahr 2026 die Vereinfachung von Rechtsvorschriften fortsetzen. Viele der Initiativen würden sich darauf konzentrieren, die regulatorischen Kosten zu senken. Es seien Vorschläge für zahlreiche Schlüsselbereiche vorgesehen, beispielsweise für die Automobilindustrie, für Umwelt, Steuern, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Medizinprodukte, aber auch Vorschriften für Energieerzeugnisse.

Nach den Bauernprotesten im vergangenen Jahr sei die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament diejenige gewesen, die am stärksten auf die Proteste reagiert und auch versucht habe, einige Sachverhalte umzusetzen. Diesen Weg wolle die Europäische Kommission auch weiterhin gehen. Der Bund und die Länder müssten diesbezüglich Schritt halten.

Ein Abgeordneter der CDU bemerkte, im Arbeitsprogramm für die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2027 sollten sich auch die landwirtschaftlichen Interessen wiederfinden, die Landwirtschaft müsse mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden. Ferner sollte das Zweisäulenmodell fortgeführt werden, da dieses Modell bisher erfolgreich gewesen sei.

Daraufhin kam der Ausschuss ohne förmliche Abstimmung zu der Empfehlung an den federführenden Ausschuss für Europa und Internationale, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 17/10104 Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Klecker

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen
an den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025
Drucksache 17/10104**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2026**

E m p f e h l u n g

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025 – Drucksache 17/10104 – Kenntnis zu nehmen.

28.1.2026

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Klaus Ranger

Christiane Staab

B e r i c h t

Der Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen beriet die Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025, Drucksache 17/10104, in seiner 38. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattgefunden hat, am 28. Januar 2026.

Ohne Aussprache und ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales, dem Plenum vorzuschlagen, von der Mitteilung der Landesregierung vom 23. Dezember 2025, Drucksache 17/10104, Kenntnis zu nehmen.

25.2.2026

Ranger